



**Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen**

Donaueschingen, den 12. Dezember 1995

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 1996

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

der städtische Haushalt hat 1996 ein Gesamtvolumen von fast 84 Millionen DM. Sowohl der Verwaltungs- als auch der Vermögenshaushalt haben dabei nicht nur eine grosse wirtschaftliche Bedeutung für die Einwohner von Donaueschingen und für die Ortsteile. Gerade in Zeiten knapper Finanzen muss auch an die Funktion und die Verantwortung der Stadt als wichtiger Arbeitgeber erinnert werden.

Obwohl ein sehr grosser Teil der städtischen Ausgaben durch Fixkosten und gesetzliche Bestimmungen festgelegt ist, sollten die Festsetzungen im Haushaltsplan immer auch richtungsweisend sein und deutlich die Konzepte zur Entwicklung der Stadt erkennen lassen.

Dies gilt im Besonderen für die Bereiche des Haushalts, in denen relativ frei und ohne die oben formulierten Einschränkungen disponiert werden kann. Mit diesem Teil des Haushalts sollte deshalb auch besonders sorgfältig umgegangen werden. Zukunftsfähige Konzepte können im Grunde genommen nur mit solchen Mitteln finanziell auf den Weg gebracht werden.

Angesichts dieser Fakten sehen wir im Haushalt 1996 jedoch grosse Defizite. Es gibt nur wenige zukunftsgerichtete Projekte. Ausnahmen hierfür sind Punkte wie die erneute Einstellung von 30.000 DM für die Nutzung von erneuerbaren Energien und Brennwerttechnik. Ein Schritt in die richtige Richtung ist sicher auch die Realisierung des Busbahnhofs.

Grundsätzlich haben wir bei den diesjährigen Haushaltsberatungen jedoch den Eindruck gewonnen, dass sich einige Gemeinderäte mehr als Lobbyisten (von nicht gerade unterprivilegierten Gruppen) und weniger als Interessenvertreter der gesamten Bürgerschaft verstehen. Ganz stark trat dies beispielsweise bei den Beratungen zu den Vereinzuschüssen zutage. Obwohl in fast allen Bereichen massiv eingespart werden musste, fand die Erhöhung der Vereinzuschüsse um 50% eine Mehrheit im Gemeinderat. Lieb Kind bei seinen Vereinskumpels zu sein ist

für manche Gemeinderatsmitglieder scheinbar erstrebenswerter als Standfestigkeit zu zeigen und auch unpopuläre Entscheidungen zu vertreten. Wir sehen diese Entwicklung mit Sorge.

Auch muss der wiederholt und energisch vorgetragenen Ansicht widersprochen werden, dass Zuschüsse für bestimmte Investitionen ohne jeglichen Einfluss auf die Gebühren von anderen Gemeindeeinrichtungen sind. Wir haben nur einen städtischen Haushalt und bekanntlich kann man die eine Mark auch nur einmal ausgeben.

Wer beispielsweise städtischen Zuschüssen für den Flugplatzausbau zustimmt, muss dann in anderen Bereichen, auch bei Gebühren für soziale oder kulturelle Einrichtungen, kräftiger zugreifen, damit der Haushalt nicht aus dem Lot gerät.

Für gebührenrechnende Einrichtungen wären grundsätzlich auch ganz andere Festsetzungen denkbar, sofern erstens der politische Wille und zweitens auch die nötigen Finanzen dafür zur Verfügung stehen würden. Die Bereitstellung von städtischen Finanzmitteln für Projekte wie den Flugplatzausbau verhindert jedoch die Realisierung solcher Ansätze.

Natürlich lassen wir uns immer gern davon überzeugen, dass zwischen Investitionszuschüssen und Gebühren kein Zusammenhang existiert und sehen schon jetzt entsprechenden Argumenten mit grossem Interesse entgegen.

Eine Haushaltsrede gibt auch Gelegenheit auf Beschlüsse der letzten Monate einzugehen, die nicht direkt haushaltswirksam sind.

Nicht zukunftsweisend, sondern in hohem Mass strukturkonservativ war beispielsweise der Beschluss des Gemeinderats, sich für den Erhalt der Garnison einzusetzen. Die Lage der Garnison mitten im Stadtbereich ist auch für Donaueschingen eine grosse Restriktion. Neben einer Reihe von anderen Punkten erschwert die Lage des Militärgebiets auch die räumliche und soziale Integration der „Äusseren Röthe“. Andere Städte haben zumindest die Chance erkannt, die ein Auszug des Militärs aus der Stadt bringen kann und sind zügig darangegangen, diese Möglichkeiten zu nutzen. Auch wenn bei Standortfragen die letzte Entscheidung jeweils in Bonn fällt, sollte der Gemeinderat ein entsprechendes eigenes Votum in seiner Wirkung nicht unterschätzten. Dieser Gemeinderat handelt jedoch nicht zukunftsorientiert, sondern verharrt in überkommenen Denkstrukturen. Mit Tschinderassabum, Säbelrasseln, öffentlichen Gelöbnissen und feierlichen Zapfenstrecken bei Fackellicht ist dieser Stadt nicht geholfen.

Zukunftsweisend wäre dagegen der Bau eines Nahwärmenetzes im Bereich „An der Halde“ in Pfohren gewesen. Ein Nahwärmenetz ist an künftige Energieträger (wie z.B. Biomasse oder Wasserstoff) vergleichsweise leicht anzupassen. Obwohl private Investoren bereitstanden und auch bereit waren, das unternehmerische Risiko zu tragen, hat eine Mehrheit von CDU und FDP dieses zukunftsweisende und umweltfreundliche Versorgungssystem abgelehnt. Man muss sich darüber im klaren sein, dass die geplanten Häuser erst einen Bruchteil ihrer Lebensdauer erreicht haben, wenn fossile Brennstoffe nicht nur wesentlich knapper, sondern vor allem auch deutlich teurer sein werden als heute. Es war deshalb sehr kurzsichtig, dass dieses Vorhaben abgelehnt wurde. Mit einem relativ leicht modifizierbaren Nahwärmesystem hätte man sich die technischen Optionen der Zukunft offen gehalten. Die fossilen Energievorräte hätten geschont und zudem hätte noch ein wesentlicher Beitrag zum Schutz der Umwelt geleistet werden können.

Der Bau eines neuen Rathaussaales wird nach allgemeiner Sprachregelung wohl als Zukunftsprojekt bezeichnet, trotzdem ist auch er ein Symbol für das Festhalten an traditionellen Strukturen und Denkweisen. Unsere Fraktion kann in keiner Weise die Argumentation für einen neuen Rathaussaal unterstützen, da der Gemeinderat in den bisher genutzten Räumlichkeiten ohne wesentliche Einschränkung tagen kann. Dies gilt auch und ausdrücklich für die Beteiligung der Bürger am lokalpolitischen Prozess. Eine Beteiligung - die sicher nicht durch die bisherige Raumsituation eingeschränkt war! Ein selbstbewusster Gemeinderat leitet sein Ansehen von den Inhalten und Zielvorgaben der Beschlüsse ab und nicht von der Repräsentanz und dem Prestige eines Sitzungssaales.

Die Diskussion um Projekte wie den Rathaussaal ist für unsere Fraktion vor allem deshalb so befremdlich, weil unsere Vorstellungen von Zukunftssicherung sich offenkundig auf einer anderen Ebene befinden. Für uns besteht die Zukunftsaufgabe auf städtischer Ebene darin, in wesentlichen Bereichen wie Wohnen, Mobilität, Energie- und Ressourcenverbrauch oder bei ökologisch und sozialverträglichen Produktions- und Wirtschaftsweisen ein Wegbereiter und Schrittmacher zu sein. Dies gilt selbstverständlich auch für die kulturellen und sozialen Einrichtungen dieser Stadt.

Repräsentation ist dabei für uns kein entscheidender Faktor!

Unserer Fraktion geht es vielmehr darum, nachhaltigen Strukturen in Donaueschingen zum Durchbruch zu verhelfen. Darunter verstehen wir Strukturen, die robust genug sind, um finanzielle Engpässe zu überstehen. Wir befürworten eine Wirtschaftsweise, die insgesamt mit weniger Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung auskommt.

Die Stadt hat eine Vielzahl von Möglichkeiten und nicht zuletzt auch eine grosse Vorbildfunktion, um solche Strukturänderungen auf lokaler Ebene zu beeinflussen. Damit die wesentlichen Zukunftsaufgaben in diesen Bereichen realisiert werden können, ist bei geringem finanziellem Spielraum eine Prioritätensetzung unvermeidlich.

Solange kurzsichtige Beschlüsse wie die Streichnung von 100.000 DM für (rentierliche!) Energiesparmassnahmen im Schnellgang durch den Gemeinderat gehen, sehen wir jedoch noch keinerlei Einsicht in solche Zusammenhänge.

An diesem Punkt möchten wir der besseren Anschauung wegen nochmals auf den Flugplatzausbau zurückkommen. Schon in der letzten Haushaltsrede haben wir darauf hingewiesen, dass wir einer Verbreiterung des Flugplatzes unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen werden. 2,7 Millionen Mark Steuergelder sollen für diesen Zweck aus verschiedenen Haushalten bereitgestellt werden. 330.000 DM davon aus dem Haushalt unserer Stadt.

Wortverschönernd heisst das eine Argument „Sicherheitsausbau“. Dieses Argument kann leicht entkräftet werden. Auf einem Flugplatz, der nicht sicher ist, müsste mit sofortiger Wirkung der Flugbetrieb eingestellt werden!

Sicherheit ist immer ein relativer Begriff und bei einer Bewertung kommen mindestens genauso stark andere Faktoren wie z.B. die Risikobereitschaft der Nutzer ins Spiel. Dass es sich nicht um einen „Sicherheitsausbau“ handelt sieht im Übrigen

auch Ministerpräsident Teufel so. Sonst hätte er nicht 40% für den Ausbau gewährt, sondern die 60% Zuschuss, die bei einem Sicherheitsausbau vorgesehen sind.

Das andere Argument bezieht sich auf die Stärkung der Infrastruktur. Wenn man sich die Kriterien für einen guten Industriestandort vor Augen hält, kann wohl nicht ernsthaft die Behauptung aufgestellt werden, dass bei einer Verbreiterung der Piste irgendwelche Attraktivitätseffekte oder Standortvorteile für das Umfeld des Flugplatzes zum Tragen kommen würden.

Weder das eine noch das andere Argument hält deshalb einer kritischen Betrachtung stand. Oder glaubt hier in der Runde vielleicht jemand, dass wir wesentliche Industriebereiche in der Region verloren haben, weil die Landebahn nur 20 Meter breit ist? Ursache für die Strukturkrise unserer Industrie sind ganz andere Faktoren, wie z.B. die niedrigen Löhne und Lohnnebenkosten in benachbarten Ländern (Ungarn, Polen, Tschechien etc).

Über die ökologischen Negativeffekte des Flugplatzausbaus brauchen wir nicht lange Worte zu verlieren. Diese sind hinreichend bekannt und auch diskutiert. Tatsache ist jedoch, dass die Stadt hier mit erheblichem finanziellem Aufwand Strukturen unterstützt, die lediglich einer kleinen finanziell starken Minderheit unter Zuhilfenahme fragwürdiger Argumente zugute kommen.

Wir sind zwar mit unserer Ablehnung der finanziellen Förderung des Flugplatzausbaus gescheitert. Für uns bleiben 100 % Kostendeckung durch die Flugplatznutzer aber dennoch eine Zielvorstellung, die wir auch weiterhin vertreten werden. Was könnte man mit 2,7 Millionen DM in den Bereichen alles machen, in denen wirklich Handlungsbefehl besteht?

Angesichts dessen, dass dieser Haushalt wichtige Aspekte einer konsequent zukunftsorientierten und ökologischen Wirtschaftsweise vermissen lässt, können wir keine Zustimmung zur vorliegenden Haushaltssatzung geben.

Wir lehnen den Haushalt ab.

Abschliessend möchten wir uns bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit recht herzlich bedanken.

Siegfried Seilnacht

für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

Doku-Info:
4 Seite(n), 1421 Wörter, 9479 Zeichen